

Anfrage der AfD-Fraktion im Rat der Stadt Krefeld

-öffentlich-



Vorlagennummer

1203/26 Af

Krefeld, 23.06.2026

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Beschlussform
Rat	09.07.2026	beschließend

Betreff

Absicherung der Pensionsansprüche städtischer Mitarbeiter - Anfrage der AfD-Fraktion

Anfrage

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die AfD-Fraktion bittet um die Beantwortung folgender Fragen im Zusammenhang mit den im Haushaltsplan ausgewiesenen Pensionsrückstellungen in Höhe von über 647 Millionen Euro:

1. In welchem Umfang werden die bilanzierten Pensionsrückstellungen abgesichert, bzw. stehen diesen konkrete Finanzmittel, Versorgungsrücklagen, Fondsanteile, Kapitalanlagen oder sonstige zweckgebundene Vermögenswerte gegenüber?
2. Wie stellt die Stadt Krefeld sicher, dass die künftigen Pensions- und Versorgungszahlungen an die anspruchsberechtigten ehemaligen und aktiven Mitarbeiter jederzeit verlässlich geleistet werden können, falls den Pensionsrückstellungen keine oder nur teilweise entsprechende liquide oder zweckgebundene Mittel gegenüberstehen?
3. Wie bewertet die Verwaltung das Risiko, dass steigende Versorgungsaufwendungen in Verbindung mit den erwarteten hohen Jahresfehlbeträgen die künftige Handlungsfähigkeit des Haushalts zusätzlich belasten und damit den finanziellen Spielraum für die Erfüllung bestehender Verpflichtungen weiter einschränken?
4. Welche Auswirkungen hätte eine bilanzielle Überschuldung auf die Fähigkeit der Stadt, ihren Pensions- und Versorgungsverpflichtungen gegenüber den anspruchsberechtigten Mitarbeitern langfristig verlässlich nachzukommen?
5. Besteht aus Sicht der Verwaltung angesichts der erwarteten Verlustvorträge, die nach der aktuellen mittelfristigen Finanzplanung spätestens im Jahr 2029 die allgemeine Rücklage übersteigen könnten, Handlungsbedarf, um die langfristige Finanzierung der Pensionsverpflichtungen zusätzlich abzusichern? Falls ja, welche Maßnahmen plant die Verwaltung,

um die langfristige Finanzierung der Pensions- und Versorgungsverpflichtungen sicherzustellen?

6. Welche jährlichen Auszahlungen für Pensionen und Versorgungsleistungen wurden in den Jahren 2020 bis 2025 tatsächlich geleistet, und welche jährlichen Auszahlungen werden für die Jahre 2026 bis 2030 prognostiziert?
7. Wie wird die künftige Entwicklung der Pensionsrückstellungen prognostiziert, insbesondere bis zum Jahr 2030 und darüber hinaus?

Begründung

Im Haushaltsplan der Stadt Krefeld werden Pensionsrückstellungen in Höhe von über 647 Mio. Euro ausgewiesen. Diese Summe verdeutlicht, dass es sich bei den künftigen Pensions- und Versorgungsverpflichtungen gegenüber städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Versorgungsempfängern um eine der größten langfristigen Verpflichtungen der Stadt handelt.

Wer über Jahrzehnte im Dienst der Stadt gearbeitet hat, muss sich darauf verlassen können, dass ihm die zustehenden Pensions- und Versorgungsleistungen auch künftig verlässlich ausgezahlt werden. Gerade deshalb ist kritisch zu hinterfragen, ob die Stadt Krefeld für diese Verpflichtungen ausreichend Vorsorge getroffen hat.

Die Stadt Krefeld weist erhebliche Jahresfehlbeträge aus; zugleich droht nach den derzeitigen Planungen spätestens ab dem Jahr 2029 eine Überschreitung der allgemeinen Rücklage durch Verlustvorträge. Kommen wirtschaftliche Einbrüche, weitere politische Fehlentscheidungen, globale Krisen, steigende Zinsen oder andere externe Belastungen hinzu, kann sich der finanzielle Handlungsspielraum zusätzlich verengen.

Eine fehlende oder nur teilweise Absicherung der Pensionsrückstellungen stellt daher nicht nur ein haushaltstechnisches Problem dar, sondern wirft grundlegende Fragen der Verlässlichkeit, Generationengerechtigkeit und Risikoversorge auf. Wer die berechtigten Ansprüche der städtischen Mitarbeiter dauerhaft schützen will, muss transparent darlegen, wie diese Verpflichtungen finanziert werden sollen und warum in der Vergangenheit keine weitergehende Absicherung aufgebaut wurde.

Mit freundlichen Grüßen
Felix Dornig
Stellv. Fraktionsvorsitzender